

**ECOLE POLYTECHNIQUE - ESPCI
ECOLE NORMALES SUPERIEURES**

CONCOURS D'ADMISSION 2023

**MERCREDI 19 AVRIL 2023
14h00 - 18h00
FILIERES MP-MPI-PC-PSI
Epreuve n° 6
ALLEMAND (XEULSR)**

Durée totale de l'épreuve écrite de langue vivante (A+B) : 4 heures

L'utilisation de dictionnaire et traductrice n'est pas autorisée pour cette épreuve.

**PREMIÈRE PARTIE (A)
SYNTHÈSE DE DOCUMENTS**

Contenu du dossier : trois articles et un document iconographique pour chaque langue.
Sans paraphraser les documents proposés dans le dossier, le candidat réalisera une synthèse de celui-ci, en mettant clairement en valeur ses principaux enseignements et enjeux dans le contexte de l'aire géographique de la langue choisie, et en prenant soin de n'ajouter aucun commentaire personnel à sa composition.

La synthèse proposée devra comprendre entre 600 et 675 mots et sera rédigée intégralement dans la langue choisie. Elle sera en outre obligatoirement précédée d'un titre proposé par le candidat.

**SECONDE PARTIE (B)
TEXTE D'OPINION**

En réagissant aux arguments exprimés dans cet éditorial, le candidat rédigera lui-même dans la langue choisie un texte d'opinion d'une longueur de 500 à 600 mots.

Partie A – Texte 1

Berlin und Paris zementieren Freundschaft

Deutschland und Frankreich wollen ihre Zusammenarbeit intensivieren. Ziele sind unter anderem ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Regeln soll das ein neuer Freundschaftsvertrag.

Der Weg für den neuen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag ist geebnet: Das Kabinett in Berlin billigte den Élysée-Nachfolgevertrag, der am 22. Januar von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Aachen feierlich unterzeichnet werden soll. Die Vereinbarung bringe eine "neue Qualität der Zusammenarbeit" beider Länder, erklärte Regierungssprecher Steffen Seibert. "Deutschland und Frankreich wollen sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam stellen."

Der aus 28 Artikeln bestehende sogenannte Aachener Vertrag ergänzt das im Jahr 1963 geschlossene Abkommen, das den Grundstein der deutsch-französischen Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg legte. Deshalb ist auch von einem "Élysée 2.0"-Vertrag die Rede.

Ziel: Ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat

Zu den mehr als 60 Projekten, die in einer der Nachrichtenagentur Reuters vorliegenden Liste genannt werden, gehören eine grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, ein Investitionsprogramm für die Grenzregionen, gemeinsame Forschungsprogramme und ein gemeinsamer Investitionsfonds für Start-up-Unternehmen.

Ein Schwerpunkt ist eine engere Verzahnung der Außen- und Sicherheitspolitik. "Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist eine Priorität der deutsch-französischen Diplomatie", heißt es in dem Text. Das Ziel eines gemeinsamen EU-Sitzes im höchsten UN-Gremium wird damit fallengelassen. Ein gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitsrat soll die Zusammenarbeit beider Staaten "auf höchster Ebene" regeln. Ziel sei, dass Europa "eigenständig" in der Außen- und Verteidigungspolitik handeln könne. Geplant sind etwa gemeinsame Einheiten für Stabilisierungsmissionen, gemeinsame Ausbildung von Soldaten und Rüstungsprojekte. Deutschland möchte seinen nicht-ständigen gegen einen ständigen Sitz im wichtigsten UN-Gremium tauschen.

Bürger in Grenzregionen profitieren besonders

Ein anderer Schwerpunkt sind Sonderregelungen, die den Menschen in den Grenzregionen das Leben erleichtern sollen. So sind grenzüberschreitende Projekte wie gemeinsame Kindertagesstätten, Gesundheitseinrichtungen, Gewerbezonen und der Abbau von Hindernissen bei der Wirtschaftszusammenarbeit vorgesehen. In dem Papier wird zudem betont, dass Straßen, Eisenbahnen oder digitale Netze eng miteinander verknüpft werden sollen.

Die zentrale Botschaft sei, dass man für die Lösung von Problemen, "jetzt mehr, nicht weniger Zusammenarbeit" brauche, sagte Außenminister Heiko Maas. Er sprach von einem "ambitionierten neuen Vertrag". So wollen Deutschland und Frankreich in den kommenden Jahren auch ihre Kulturinstitute im Ausland schrittweise integrieren und die gegenseitige Sprachförderung verstärken. Der Vertrag sei sowohl mit den Bundesländern als auch den EU-Partnern eng abgestimmt worden, hieß es.

Der Linken-Außenpolitiker Stefan Liebich sprach im Zusammenhang mit dem neuen Vertrag von einer "vertanen Chance". Der Zeitung "Neues Deutschland" sagte Liebich, statt auf gemeinsame soziale Mindeststandards setzen beide Regierungen auf eine engere Kooperation beim Militär und der Bekämpfung illegaler Migration.

www.dw.com, 09.01.2019

Partie A – Texte 2

Deutsch-Französische Freundschaft: Ein Paar, das an sich arbeiten muss

Am Samstag ist der deutsch-französische Freundschaftstag. Doch die Krise hat gezeigt, dass Sonntagsreden nicht mehr ausreichen, um die Sonderbeziehung zu erhalten.

Ob Charles de Gaulle und Konrad Adenauer bewusst war, wie visionär das Dokument war, unter das sie am 22. Januar 1963 gemeinsam ihre Unterschriften setzten? Der deutsch-französische Freundschaftsvertrag, offiziell Élysée-Vertrag nach dem Ort seiner Unterzeichnung in Paris, bedeutete zunächst eine symbolisch wichtige Annäherung ehemaliger Kriegsfeinde zu einer Zeit, als diese keineswegs selbstverständlich war. Aber de Gaulle und Adenauer setzten damit einen europäischen Meilenstein.

Deutsch-französische Schulen, Vereine oder Städtepartnerschaften begehen den 22. Januar wie einen Feiertag. Gerade wurde der Élysée-Vertrag zum Vorbild für eine partnerschaftliche Vereinbarung zwischen Paris und Rom. Ganz konkret ging aus dem Abkommen von 1963 die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks hervor, das seitdem mindestens neun Millionen jungen Menschen aus Deutschland und Frankreich die Teilnahme an mehr als 376.000 Austauschprogrammen ermöglicht hat.

Mittlerweile lernen zwar immer weniger Jugendliche die Sprache des jeweils anderen. Aber es gibt einen ständigen Austausch auf allen politischen Ebenen, nicht nur wenn vor internationalen Gipfeln die deutsche und die französische Position aufeinander abgestimmt werden, sondern auch zwischen Ministerien, Regionen und Bundesländern sowie zwischen den Parlamenten.

Die jüngsten Wahlen bringen einen Wandel in die Beziehung

Im Zuge des Aachener Vertrags vom Jahr 2019, den die damalige Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron als Ergänzung zum Élysée-Vertrag unterzeichnet haben, entstand die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung mit je 50 deutschen und französischen Abgeordneten – ein weltweit beispielloses Gremium. Durch die Aufeinanderfolge von Wahlen in beiden Ländern erfahren diese Beziehungen nun einen Umbruch.

Von deutscher Seite wurde der Wille zur Annäherung bereits bekräftigt. Die ersten Auslandsbesuche von Kanzler Olaf Scholz, Außenministerin Annalena Baerbock und Finanzminister Christian Lindner führten nach Paris.

Dort wird Präsident Emmanuel Macron, der gerade die EU-Ratspräsidentschaft innehat, im Wahlkampf aus seiner Nähe zu Deutschland einen Trumpf machen. Dennoch können die symbolischen Gesten und wohlklingenden Reden nicht übertünchen, dass die enge Kooperation nicht immer so reibungslos läuft.

Die Coronakrise war ein Rückschlag für die deutsch-französische Kommunikation

Dass Deutschland im März 2020 einseitig die Grenzen unter anderem zu Frankreich schloss und Kontrollen an Übergängen wieder einführte, wo die Menschen seit Jahrzehnten ohne Barrieren zusammenleben, wurde vor Ort von beiden Seiten als großer Rückschlag wahrgenommen. Eine offene Absprache in der Krisensituation war eben doch noch nicht zu einem Reflex geworden.

Doch nach den ersten Wochen des Pandemie-Schocks wurden die Maßnahmen angepasst. Später entstand ein deutsch-französisches Testzentrum, deutsche Kliniken behandelten französische Covid-Patientinnen und -Patienten. Wenn es um die Beziehung mit Deutschland geht, spricht man in Frankreich gerne von einem „Paar“. Wie bei jedem Paar ist es wichtig, im Alltag zu bestehen. Und vor allem zu kommunizieren, immer wieder.

Birgit Holzer, www.augsburger-allgemeine.de, 22.01.22

Partie A – Texte 3

Jugendaustausch forcieren für mehr französischen Wind

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) sieht über drei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit großen Nachholbedarf beim Schüler- und Jugendaustausch aus und mit den Ost-Bundesländern. "Nach den Beschränkungen wegen der Corona-Pandemie brauchen wir das mehr denn je", sagte Generalsekretär Tobias Bütow am Donnerstag vor der Präsentation einer Studie zu französischer Präsenz und Austausch in Berlin. Künftig müssten mehr Angebote geschaffen werden, damit Kinder und Jugendliche im Osten Deutschlands Französisch lernen und Begegnungen möglich sind.

Das DFJW fordert laut Bütow "eine gemeinsame Frankreich-Strategie" der ostdeutschen Bundesländer. "Es ist eine der letzten Baustellen der Wiedervereinigung: mehr französischer Wind im Osten."

Trotz der Faszination für das Land zu DDR-Zeiten ist der Jugendaustausch mit Frankreich nach wie vor kaum präsent, "obwohl man kein Französisch sprechen muss, um teilzunehmen", sagte Bütow. Auch 2019 kamen nicht einmal 4 Prozent der etwa 191.000 Jugendlichen aus diesem Teil der Bundesrepublik. 2020 habe es dann insgesamt einen Einbruch um 77 Prozent gegeben, weil Grenzen geschlossen, Klassenfahrten und Austausch nicht möglich waren. "Wir müssen jetzt daran arbeiten, dass aus der heutigen Jugend keine Generation ohne europäische Erfahrungen wird." Diese Jugendarbeit sei mit Blick auf den europäischen Zusammenhalt auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges wichtiger denn je. "Das ist kein Tourismus, sondern Friedens- und Zukunftsarbeit."

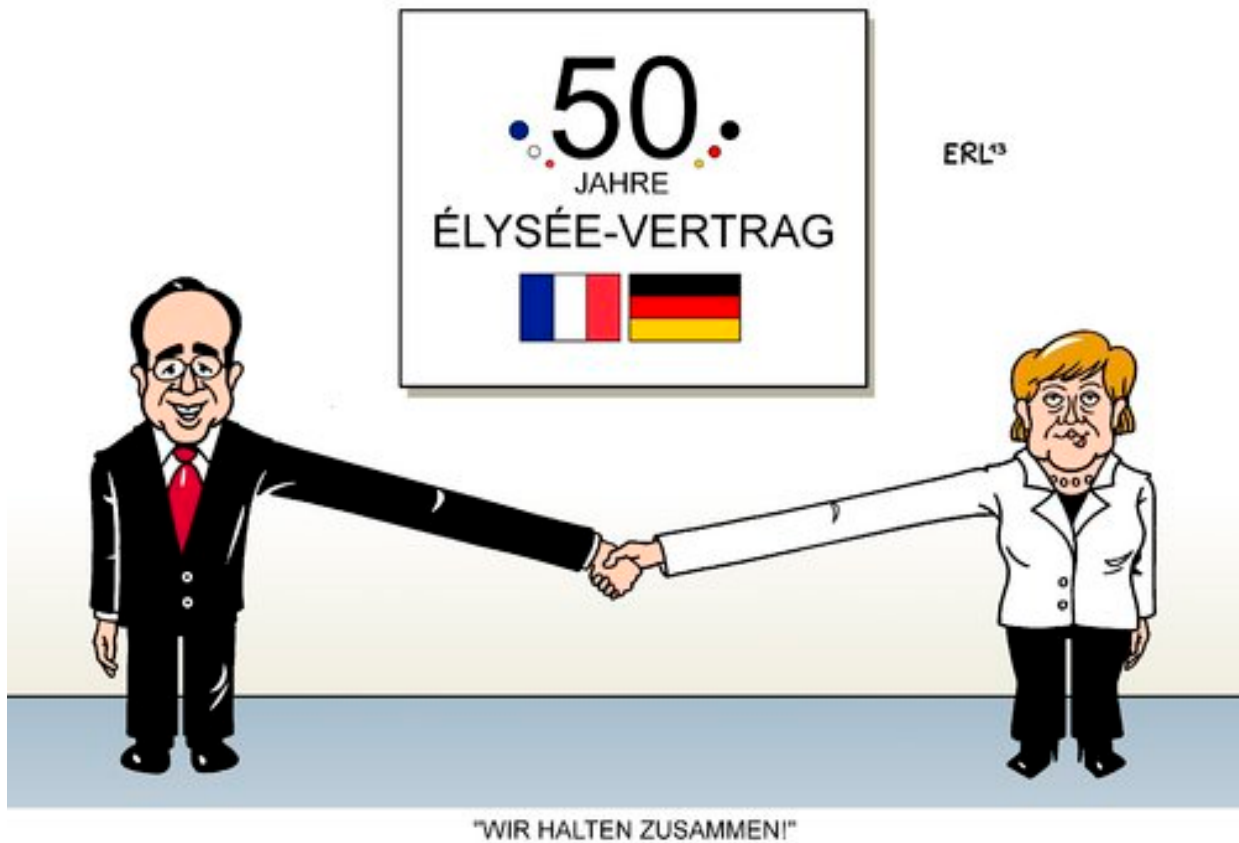
Laut der Studie leben, arbeiten oder studieren nur 2,8 Prozent oder 4000 der Franzosen in Deutschland im Osten. Der Anteil von Touristen liegt bei vier Prozent und nur 270 Unternehmen (5,4 Prozent) haben Niederlassungen in den Ost-Bundesländern. Und auch bei den französischen Investitionen gibt es ein deutliches Defizit zugunsten der West-Bundesländer. Der Anteil der Schüler im Osten, die Französisch als Fremdsprache lernen, sank von 2012 bis 2020 um 3,4 auf 14,9 Prozent.

Stark unterrepräsentiert ist der Osten laut Bütow auch bei Jugendbegegnungen, wegen der Entfernung, sprachlicher und kultureller Berührungspunkte. Das DFJW organisiert seit 1963 Austauschprogramme mit jungen Menschen zwischen 3 und 30 Jahren aus Deutschland und Frankreich sowie trilaterale Begegnungen in Mittel- und Osteuropa. Bisher nahmen fast 9,5 Millionen junge Menschen an 382.867 Projekten teil.

Von den rund 2200 Städtepartnerschaften bestehen nur etwa 230 im Osten. Während Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg Regionalpartnerschaften haben und Sachsen gerade eine vorbereitet, ist Mecklenburg-Vorpommern laut Bütow da noch gefordert. "Die Bretagne ist noch frei."

www.sueddeutsche.de, 23. Juni 2022

Partie A – Document iconographique



von Martin Erl, de.toonpool.com, 22. 01.2013

Partie B - Editorial

Deutsch-französisches Verhältnis: Es knirscht

Die politische Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland steckt in einer Krise. Es muss darum gehen, inhaltliche Unterschiede offen auszusprechen.

Abkühlung, Verstimmung, Entfremdung, schreiben Medien zum deutsch-französischen Verhältnis, das anscheinend wie ein in die Jahre gekommenes Paar in eine Beziehungskrise schlittert. Ist das so schlimm? War die Herzlichkeit vielleicht nicht doch bloß viel Routine und der Eindruck eines beschönigenden Rückblicks auf die Versöhnung und eine längst traditionell gewordene Freundschaft? Jetzt wurde auch noch die lange geplante deutsch-französische Kabinettsitzung auf Januar verschoben, offenbar wegen Unstimmigkeiten in der gemeinsamen Energie- und Rüstungspolitik.

Immer hielt man sich an das historische Bild der Paarbeziehung: Adenauer und De Gaulle, Kohl und Mitterrand, Merkel und Macron. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die in vielen Bereichen wie Städtepartnerschaften und Jugendaustausch sehr konkret funktioniert, ist so zum Klischee geworden.

Denn gerade in einer von Krieg, Energiekrise und Klimakatastrophen heimgesuchten Gegenwart wäre es sinnvoll, über die gemeinsame Werte, Ziele, aber auch unterschiedliche Interessen offen zu diskutieren, ohne sich in eine vermeintliche Idylle hinwegzutrusten, die dann dem realpolitischen Alltag bei der erstbesten Belastungsprobe – wie zum Beispiel einer banalen Beschaffung von Rüstungsgütern oder der Regulierung des Energiemarktes – nicht Stand hält.

Seien wir ehrlich, die Meinungsunterschiede wurden seit längerem diplomatisch unter den Tisch gewischt. Es gab sie aber schon zur Zeit von Angela Merkel, die unter anderem sehr wohl wusste, wie sehr es Macron wurmte, dass seine hochfliegende Vision für Europa in Berlin wie andere Initiativen nur lauwarm begrüßt wurde.

Vorgegaukelte Eintracht

Dem Publikum der EU-Bürger*innen wurde aber weiter vorgegaukelt, dass nichts diese einträchtige Nachbarschaft trüben könnte. Macron wiederum nahm bei seinen außenpolitischen Sololäufen oder bei seiner Ankündigung gigantischer Atomenergiepläne, die eine definitive Absage an den in Deutschland programmierten Ausstieg waren, keinerlei Rücksicht auf deutsche Empfindlichkeiten.

Es knirscht an diversen Reibungsflächen. Diese müssen benannt und besprochen werden, damit in diesem in der EU einzigartigen Duo die Abstimmung auf wirklich gemeinsame Aktionen besser funktioniert. Ohne eine glaubwürdige Basis der Zusammenarbeit von Paris und Berlin drohen die zentrifugalen Tendenzen in der EU unter der Belastung des Kriegs und der Energiekrise weiter zu verschärfen. Ein Auseinanderdriften ist nicht akzeptabel.

Was es jetzt braucht, sind keine Sonntagsreden im Stil der Erklärung von Macron, der jüngst erklärte: „Mein Wunsch ist es, die Einheit Europas und die Allianz zwischen Deutschland und Frankreich zu bewahren.“ Das deutsch-französische Paar kommt im Interesse der ganzen EU nicht darum herum, die Divergenzen beim Namen zu nennen und auf der Grundlage der echten Gemeinsamkeiten die Partnerschaft neu zu erfinden.

Rudolf Balmer, [taz.de](https://www.taz.de), 20.10.2022